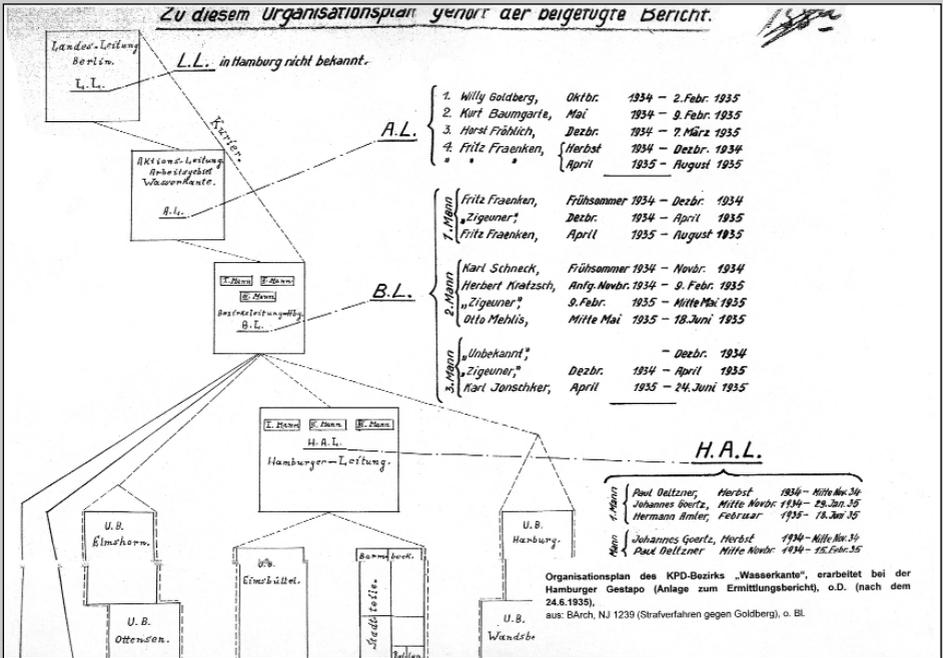


Zu diesem Organisationsplan gehört der beigetragte Bericht.

*[Handwritten signature]*



Quelle: BArch NJ 1239 (Strafverfahren gegen Goldberg)

Organisationsplan des KPD-Bezirks „Wasserkante“ aus Gestapo-Unterlagen von 1935

Thomas Pusch

## Die Goldberg-Affäre

### Zur Verfolgung der KPD in Schleswig-Holstein bis 1935<sup>1</sup>

Als Relikt absoluter Macht verfügte der Reichspräsident der Weimarer Republik alljährlich zu Weihnachten eine Amnestie, durch die auch so mancher politische „Straftäter“ seine Reststrafe erlassen bekam. Zu Weihnachten 1932 wurden deswegen gleichermaßen Straftäter der NS-Bewegung, der Kommunisten, aber auch der Weimarer Verteidigungsformationen durch das „Straffreiheitsgesetz des Reichspräsidenten vom 20.12.1932“ vorzeitig entlassen<sup>2</sup>, und auch die Weihnachtsamnestie 1933 führte dazu, dass neben zahlreichen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auch Dutzende von KPD-„Schutzhäftlingen“ freikamen. Dieser Gnadenakt war keineswegs eine Finte in dem Sinne, dass den Entlassenen nun automatisch die Überstellung in die Gestapo-Gefängnisse drohte, auch wenn es selbstredend Belehrungen, Drohungen und Meldeauflagen für die Ex-Häftlinge gab.<sup>3</sup>

In der Folge solcher Amnestien und Begnadigungen kehrten die verhafteten Funktionäre und Mitglieder der verbotenen Arbeiterbewegung in den Alltag und zu ihren Familien zurück; allen stellte sich jeweils die Frage, ob man sich wieder Aktivitäten gegen das NS-Regime anschließen sollte.

Vermutlich dachte aber eine Mehrheit der so bis Frühjahr 1934 Entlassenen nicht mehr daran, sich unter den gegebenen Umständen am Widerstand zu beteiligen. Wenn dies zutrifft, wäre die Zerschlagung der KPD dann nicht allein mit der repressiven Praxis des NS-Regimes zu erklären, sondern auch mit der inneren Aushöhlung der Partei und ihrer Politik. Der weitere Widerstand musste so notwendigerweise zwischen Dezember 1934 und Januar 1936 in eine Katastrophe münden, von der sich die KPD nie wieder erholen sollte, da sie den Verlust ihrer sozialen Basis erlitt. In einer Logik gefangen, die die eigenen Verluste als Beleg für einen entschiedeneren, erfolgreicher Widerstand interpretieren wollte, lieferte die KPD bis 1938 und ab 1942 ein ums andere Mal ihre Kader ans Messer, nur um zu beweisen, dass sie die „wahre“ Kraft gegen den Faschismus sei.

Nimmt man die Mitgliederstärke der Organisationen und ihre Stimmanteile bei der Reichstagswahl im Herbst 1932 als Vergleichsmaßstab, so kann festgehalten werden, dass der Anteil der Verfolgten in der KPD besonders hoch war.<sup>4</sup> Doch folgt daraus auch, dass diejenigen den entschiedensten Widerstand leisten, die sich der größten Repression aussetzen und deren soziale Basis dafür den höchsten Preis zu zahlen hat?<sup>5</sup>

## Zur sozialen Basis der KPD in Schleswig-Holstein

Die KPD-Mitglieder lassen sich vereinfacht in drei Gruppen einteilen. Zum einen gab es die seit Generationen aktiven und überzeugten Gesinnungsgenossen.<sup>6</sup> Ihre unerschütterlichen Ansichten, ihr Reflexionsvermögen und ihre ethische Fundierung bildeten das moralische Rückgrat der Partei.

Neben ihnen standen die Parteisoldaten, unter denen es aber auch klassenbewusste Proletarier gab. Doch die Hauptströmung innerhalb der radikalen Bewegung links von der SPD – die syndikalistische Orientierung – hatte man bis 1927 nahezu vollständig aus den Organisationen in Kiel, Lübeck und Flensburg eliminiert. Deswegen verfügte die KPD im Vergleich zur SPD außerhalb Hamburgs nur über eine vergleichsweise geringe lokale Verankerung in der industriell-städtisch geprägten Arbeiterbewegung. Hinzu kamen diejenigen, die sich im Glauben an eine bessere Zukunft aus den ländlichen Milieus in die Städte begeben hatten, sich der KPD anschlossen und hier eine soziale Basis wie auch eine berufliche Perspektive suchten.

So kam der größere Teil der im Widerstand exponierten Kommunisten selbst aus dem ländlichen Subproletariat und hatte noch nie über ein anhaltend gesichertes Erwerbseinkommen verfügt: Ihre Erfahrungen von Hunger, jugendlicher Devianz, Wanderschaft, Fremdenlegion, Weltkriegs- und Nachkriegswirren sowie Kleinkriminalität hatten einer durchschnittlichen Erwerbs- und Sozialbiografie entgegengearbeitet und sie empfänglich für die Heilsversprechungen der kommunistischen Bewegung gemacht. Sie erfuhren, dass man in einem Parteiapparat, der binnen weniger Jahre drei Viertel seiner Kader verschliss, schnell Karriere machen konnte. Abweichend davon übten insbesondere in Kiel auch junge Akademiker im „Sozialistischen Schüler und Studentenbund“ einen großen Einfluss auf die soziale Praxis der Partei aus.<sup>7</sup>

## Regionale Unterschiede in der politischen Verfolgung

Die Verfolgung der politisch aktiven NS-Gegner verlief keineswegs überall in gleicher Weise. So erfolgte bereits unmittelbar nach der Machtübergabe, noch Wochen vor dem Reichstagsbrand, in Kiel und Flensburg am 5. Februar 1933 ein massiver polizeilicher Zugriff auf die Kader der KPD. Ermöglicht hatte diese Aktion eine bemerkenswert vollständige Ermittlungsliste der Politischen Polizei.<sup>8</sup> Für diese zeichnete in Kiel der reaktionäre Polizeipräsident Otto Graf zu Rantzau verantwortlich, während in Flensburg ein republik-loyaler, sich in einem sozialdemokratischen Milieu bewegender Leiter der Politischen Polizei – der spätere Leiter der

Gestapostelle Flensburg, Hans Hermannsen<sup>9</sup> – zuständig war. Diese für die Gesamtregion entscheidende Verfolgungsaktion scheint nur aus Anlass der NS-Machtübergabe erfolgt zu sein und dürfte letztlich auch die Billigung von weimar-loyalen Teilen innerhalb des Polizeikörpers gefunden haben.

Solche Massenverhaftungen erfolgten im nicht zu Preußen gehörenden Lübeck erst, als das NS-Regime hier am 6. März 1933 die Verfügungsgewalt über die Exekutive erlangte. Am 11. März wurde der erste entscheidende Schlag geführt; dieser richtete sich mit der Verhaftung von Fritz Solmitz, dem verantwortlichen Redakteur des *Lübecker Volksboten*, zunächst gegen die Lübecker Sozialdemokratie. Die kommunistische Organisation hatte dagegen vorerst nicht in vergleichbarem Maße in die Verhaftungswellen nach dem Reichstagsbrand mit einbezogen werden können.<sup>10</sup>

Gewarnt durch das Vorgehen in Kiel, Flensburg und Altona hatten KPD und SPD bis zum 11. März gleichermaßen Gelegenheit, Schritte zur Eigensicherung zu unternehmen. Für die KPD wirkte es sich aber ungleich negativer aus, dass die eingesetzten Verfolger brutaler voringen und der von der KPD-Landesleitung entsandte Instrukteur Willy von der Reith hochgradig riskante Aktivitäten initiierte und einen politischen – und menschlichen – Scherbenhaufen hinterließ.

Mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 setzte sich der Zugriff auf die Kieler und Flensburger KPD in einer zweiten Welle zwar fort, ging aber vor dem Hintergrund der ersten Verhaftungswelle bisweilen in Leere.<sup>11</sup> Schon am 8. März berichtete der Kieler Polizeipräsident Graf zu Rantzau dem Regierungspräsidenten: „Die zahlreichen Inhaftierungen verbunden mit den dauernd fortgesetzten Durchsuchungen haben in Kreisen der örtlichen KPD derart zermürend gewirkt, daß augenblicklich jeglicher Zusammenhalt unterbrochen und die Organisation erheblich beeinträchtigt ist. In den letzten 8 Tagen haben sich in Kiel keinerlei Gewaltaktionen von seiten der KPD ereignet.“<sup>12</sup>

Der Doppelpzugriff vom 5. Februar und nach dem 27. Februar auf die KPD bedeutete das sehr frühe Ende der Handlungsfähigkeit der Partei, so dass spätere Widerstandsaktionen sich nicht mehr der vormaligen Parteiorganisation bedienten.

Auch nach dem 20. März erfolgten Verhaftungen von Kommunisten, wobei es noch üblich war, dass Verfolgte einem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden – hier prägten der Normenstaat noch die polizeiliche Praxis –, nach Ablehnung eines Haftbefehls und der angeordneten Haftentlassung jedoch sofort in „Schutzhaft“ genommen und in ein Konzentrationslager überstellt wurden.<sup>13</sup> So trafen sich im Sommer 1933 viele Kieler und manche Lübecker Kommunisten im Konzentrationslager Lichtenburg wieder –

u.a. die Kieler Helmuth Mlotkowski, Waldemar Matschke, Heinrich Hamer, Niko Brodale, Paul Erdmann, Wilhelm Baasch und Friedrich Brug. Die meisten wurden im Zuge der Weihnachtsamnestie des Jahres 1933 entlassen,<sup>14</sup> während Helmuth Mlotkowskis etwas später erfolgende Entlassung möglicherweise mit seiner früheren lokalen Führungsfunktion zu erklären ist.

Solche Entlassungen konnten mit Auflagen verbunden sein, worauf die Hochzeit von Mlotkowski direkt nach der Haftentlassung am 22. April 1934 hindeutet: Vielleicht gab es den Druck seitens der Verfolgungsbehörden, der Politik zu entsagen und sich um die Familie zu kümmern.<sup>15</sup> Der Wille Mlotkowskis, sich weiter für die KPD zu engagieren, schien jedenfalls gebrochen zu sein.

Für die mit der Weihnachtsamnestie aus der „Schutzhaft“ Entlassenen, die zwischen Februar und Mai 1933 verhaftet worden waren, folgten unmittelbar keine Strafverfahren – Gleiches gilt auch für die den Konzentrationslagern Fuhlsbüttel, Glückstadt und den Moorlagern Entkommenen. Dagegen sah es für diejenigen, die beschuldigt wurden, an der Herausgabe und Verbreitung der KPD-Zeitung *Arbeiter-Welt* beteiligt gewesen zu sein, anders aus. Von den im Spätsommer 1933 in U-Haft genommenen über 100 Personen, insbesondere Mitglieder aus dem akademischen Umfeld der KPD, aus dem Sozialistischen Schüler- und Studentenbund und aus der dritten Reihe der Kieler KPD, wurden mehr als 50 angeklagt und zumeist auch verurteilt.<sup>16</sup> Das harte Durchgreifen bei der juristischen Ahndung dieser Aktivität hatte auf die Basis einen tiefen Eindruck gemacht und ihr verdeutlicht, dass zwischen dem Wirken der rechtslastigen Justiz der Weimarer Zeit und der Justiz unter dem NS-Regime ein erheblicher Unterschied bestand.<sup>17</sup>

Vielerorts spiegelt sich in den Quellen zu Kieler Verfolgten die Haltung wider, dass entlassene Kader sich unter den gegebenen Bedingungen nicht im Dienst der Bezirksleitung weiter gefährden wollten. Bis zur Wiederaufnahme der politischen Organisation durch den ZK-Instrukteur Willi Goldberg in der zweiten Jahreshälfte 1934 gab es in Kiel, Flensburg, Lübeck und Neumünster keine seitens des ZK geführte Organisation.<sup>18</sup>

### **Die „Goldberg-Affäre“ im Spiegel unterschiedlicher Darstellungen und Quelleninterpretationen**

Anhand der so genannten „Goldberg-Affäre“ kann instruktiv aufgezeigt werden, wie unterschiedlich sich ein komplexer historischer Sachverhalt je nach Quellen- und Interessenslage darstellen lässt. Im Folgenden wird der Fall sowohl auf Basis der Quellen der Partei als auch separat im Spiegel der Dokumente der Verfolgungsbehörden präsentiert, ergänzt durch die späte-

re Selbstdarstellung der KPD und die Forschungsliteratur. Ziel ist es dabei, die Affäre so darzustellen, dass bisherige Interpretationen hinterfragt werden und eine abschließende Bewertung der Vorgänge möglich wird.

Zur besseren Einordnung des Nachfolgenden sei der äußere Verlauf der Affäre vorab kurz skizziert: Im Spätsommer 1934 beauftragte die KPD-Führung ihren Berater Willi Goldberg damit, im Bezirk Wasserkante den Widerstand der Partei neu aufzubauen. Aufgrund der vorausgegangenen Verhaftungs- und Entlassungswellen fand er eine desolate Situation vor, knüpfte Fäden zwischen Kopenhagen, Kiel, Hamburg und Lübeck und griff dabei auf die bis Sommer 1934 wieder entlassenen KPD-Funktionäre zurück.

Als zentraler Fehler seiner zunächst sehr erfolgreichen Arbeit sollte sich erweisen, dass Goldberg den von ihm selbst eingesetzten illegalen Politischen Leiter Kiels, Helmuth Mlotkowski, mit einer Kurierfahrt nach Dänemark beauftragte. Mlotkowski sprach kein Dänisch und flog beim Passieren der Grenze auf. Im folgenden Verhör verwickelte er sich in Widersprüche und machte letztlich eine Aussage über die illegale Organisation in Kiel, die Verbindungen nach Dänemark und über die Arbeit Goldbergs. Anschließend verpflichtete sich Mlotkowski als V-Mann der Gestapo und wurde wieder nach Kiel zurückgeschickt. Aufgrund seiner Aussagen folgten bis etwa Mitte Februar 1935 eine Reihe von Verhaftungen sowie die Emigration der illegalen KPD-Führung um Willy Grünert in Kiel und Jule Jürgensen in Flensburg.

Auch Mlotkowski selbst konnte in diesem Zusammenhang nach Dänemark emigrieren und sich auf diese Weise der Gestapo entziehen. In der Folge waren Fehler in der konspirativen Arbeit dafür verantwortlich, dass auch Goldberg festgenommen wurde und im Verhör aussagte, was zu Verhaftungen in Kiel, Hamburg, Lübeck und Flensburg sowie später in ganz Nord- und Nordostdeutschland führte. Goldberg stellte sich der Gestapo zur Verfügung, und seine Kontaktaufnahme mit der illegalen KJVD-Reichsleitung in Berlin im Februar 1935 ermöglichte den Behörden Zugriffe auf die Organisation. In der Folge konnte Goldberg sich der Gestapo entziehen und stellte sich der KPD im April 1935 glaubhaft als Doppelagent zur Verfügung.



Quelle: Bericht R 58/2293, Bl. 103

Polizeiliches Fahndungsfoto von Helmuth Mlotkowski (ca. 1932–1934)

## Die Goldberg-Affäre in den Quellen der KPD

Im Historischen Archiv der KPD findet sich die „Goldberg-Affaire“ anhand der Ermittlungen der eigenen Abwehr sowie aufgrund der Vernehmung Willi Goldbergs dargestellt. In seinen umfangreichen Darlegungen vom April 1935 – also nach den ersten Verhaftungswellen und seinem Entweichen vor der Gestapo – sind nachfolgende Passagen von besonderer Wichtigkeit:

Mlotkowskis „Arbeit war mittelmäßig und [ich] hatte zu ihm ein ziemliches Vertrauen. Während ich in der ersten Hälfte des Dezember [...] zu einer Besprechung mit der Landesleitung nach Berlin gerufen wurde, kam in Kiel Nachricht von Sonderburg durch den Grenzapparat [an] [...], dass ich sofort nach Kopenhagen kommen solle. Mlotkowski wusste, dass ich auf einige Zeit nach Berlin bin, er nahm darum an, dass er mich vertreten musste und fuhr an meiner Stelle nach Kopenhagen. Infolge fehlerhaften Grenzübertritt[s]“ – Goldberg behauptete, der Pass habe einen Fehler aufgewiesen – „wurde er an der dänischen Grenze von dänischen Beamten angehalten und der deutschen Grenzpolizei übergeben. Diese Verhaftung [er]folgte am 14.12.34. Von der Gestapo in Flensburg wurde er nach Kiel geschafft und die Kieler Gestapo hat Mlotkowski am 17.12. als Spitzel entlassen.“<sup>19</sup>

Am 18. Dezember 1934 traf Goldberg nach eigenen Aussagen im Anschluss an Besprechungen in Hamburg und Lübeck wieder in Kiel ein. Willy Grünert habe ihn sofort darüber unterrichtet, dass Mlotkowski ihn und „Jule“ Jürgensen in Flensburg „verpiffen“ habe, nach der Entlassung aber gegenüber Grünert eingeräumte habe, von der Gestapo als Spitzel angeworben worden zu sein. Goldberg gab Mlotkowskis Plan wieder, der vorsah, alle gegenüber der Gestapo Genannten zu warnen und dann gemeinsam mit ihnen zu emigrieren, um so ein weiteres ‚Auffliegen‘ zu verhindern.

Goldberg schenkte Mlotkowski jedoch keinen Glauben und – folgt man Goldbergs Darstellung – stellte ihn erneut in einem nächtlichen Gespräch in Mlotkowskis Wohnung zur Rede: „Weiter fragte ich Mlotkowski, warum er eigentlich zum Verräter geworden ist“. Dass Mlotkowski von der Gestapo gefoltert worden war, wollte Goldberg nicht glauben.<sup>20</sup> Mlotkowski habe frustriert geantwortet, dass er alles „hinschmeißen wolle“. Goldberg behauptete, dass sich Mlotkowski der Parteidisziplin verweigert habe, und kritisierte zudem die indifferente Haltung von dessen Ehefrau Martha.

Er habe Mlotkowski dann mit Hilfe des frisch aus dem Gefängnis entlassenen Walter Besenbruch, der bereits zuvor in Kiel tätig gewesen war und der Mlotkowski aus früheren Tagen kannte, nach Dänemark trans-



## Willi Goldberg<sup>21</sup>

Wilhelm Goldberg wurde am 15. Mai 1900 in Königsberg geboren. Nach Volksschule und Handlungsgehilfenlehre wurde er mit 18 Jahren im Mai 1918 zum Militär eingezogen, gelangte 1919 in das Freikorps „Ostproußen“ und nahm am Kampf gegen die „Spartakisten“, die kommunistische Bewegung, teil. Nach einem weiteren Einsatz als Gefängniswachmann folgte die Meldung zum Dragonerregiment Nr. 2 in Allenstein, das während der Abstimmung in Masuren als Abstimmungspolizei illegal eingesetzt wurde. Nach der Abstimmung im Herbst 1920 wurde er entlassen und schlug sich mit wechselnden Jobs durch.<sup>22</sup>

1923 bis 1926 saß Goldberg wegen Diebstahls und Hehlerei im Gefängnis. Nach der Haftentlassung arbeitete er im Hafen von Königsberg und trat 1927 der KPD bei, weil dies zur Berücksichtigung bei der Arbeitsvergabe notwendig war. 1929 begann eine steile Parteikarriere, die ihn bereits 1932 in eine hauptamtliche Funktion und zur Ausbildung nach Moskau<sup>23</sup> führte: „Ende 1932 endete zunächst mein Privatleben, da ich von diesem Zeitpunkt an hauptamtlicher Funktionär [...] wurde.“ Darin erblickte er „eine Möglichkeit, später trotz meiner Vorstrafe einen Weg in die Menschheit zurückzufinden.“ Das Heilsversprechen des Kommunismus hatte also auch ihn erreicht.

Von Oktober 1932 bis November 1933 absolvierte Goldberg einen Kursus auf der Komintern-Schule, der Lenin-Schule, in Moskau. Nach Goldbergs Aussage erhielt seine kommunistische Überzeugung bereits hier einen Dämpfer, was er am Beispiel der Diskussion zur für 1935 geplanten und vom Völkerbund organisierten Saarabstimmung illustriert.<sup>24</sup>

1934 erhielt er den Auftrag, nach Deutschland zurückzukehren und nach kurzem Aufenthalt in Berlin die illegale Arbeit im Bezirk Wasserkanäle wieder aufzubauen. Persönlich beschrieb er seine Zeit dort so: „Für mich bestand damals ein Zustand einer gedrückten Stimmung, da ich

mich einerseits in der Hand der Komintern wusste und ohne meine mir in Moskau restlos abgenommenen Personal- und Sozialpapiere auch keine Arbeit aufnehmen konnte. Ich war auf die Unterstützung durch die Partei angewiesen, die sich zu dem damaligen Zeitpunkt nur sehr wenig für mich bemerkbar machte. [...] Ich flüchtete mich daher zu dieser Zeit überwiegend in eine private Zurückgezogenheit.“

Obwohl dies strikt untersagt war, schrieb er über eine Mittelsperson seiner in Königsberg lebenden Familie. Ende Oktober traf er in Berlin mit dem Leiter der illegalen Aktionsleitung für den Bezirk „Wasserkante“ zusammen, wo bereits elfmal die Bezirksleitung ‚hochgegangen‘ war: „Es ging jetzt darum, trotzdem den Aufbau weiterzuführen und dabei jede Ungeschicklichkeit, die den Erfolg in Frage stellen könnte, zu vermeiden. [...] Meine Arbeit sollte es sein, die noch vorhandenen Teile der Partei in Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster und Rendsburg zusammenzufassen [...] und [ich] hatte auch als einziger Mann die Verbindung von Holstein nach Hamburg aufrecht zu erhalten.“

Nach seiner Verhaftung und seinem V-Mann-Engagement floh er am 9. Februar 1935 vor der Gestapo in Berlin. Er stellte sich anschließend der illegalen KPD-Leitung glaubwürdig als Doppelagent zur Verfügung und wurde Mitte April 1935 zusammen mit anderen KPD-EmigrantInnen in die CSR befördert. Dort arbeitete er bis Weihnachten 1936 noch an der tschechisch-sächsischen Grenze illegal für die Partei weiter. Danach schloss ihn die Partei wegen seiner Rolle beim Auffliegen der illegalen Organisation 1935/36 aus. Von da an hatte Goldberg nichts mehr mit der Partei zu tun. Er fand Arbeit, heiratete ein zweites Mal und gründete wieder eine Familie. Nach der Besetzung der CSR 1939 wurde er Ende 1941 erneut durch die Gestapo verhaftet, denn der Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof hatte das 1936 eingestellte Verfahren wieder aufgenommen. Im Januar setzte Goldberg seine Aussage vor der Gestapo fort.<sup>25</sup>

Der Gestapo-Schlussbericht vom 2. März 1942 schenkte seiner Aussage grundsätzlich Glauben und sprach sich für ein mildes Urteil aus. Nur der „wirtschaftliche Niedergang“ habe ihn zum Kommunismus geführt, nicht jedoch seine eigene, innere Überzeugung: „Goldberg machte bei seinen Vernehmungen einen freimütigen, offenen Eindruck. Er äußerte wiederholt, dass er die damalige Zeit und seine Handlungsweise tief bereue und nur den einen Wunsch habe, durch Einsatz an der Front oder unter sonstigen entsprechenden Umständen (Blindgängerentfernung) Vergangenes wieder gutmachen zu können.“<sup>26</sup>

Willi Goldberg bekam eine mehrjährige Zuchthausstrafe. Ende 1942 wurde ein Gnadengesuch von ihm abgelehnt, im Sommer 1943 wurde er dann zu einem Strafbataillon der Wehrmacht eingezogen. Danach verliert sich seine Spur.<sup>27</sup>

feriert und sich dort seine Handlungsweise bestätigen lassen. Bei seiner Parteivernehmung im April 1935 vertrat er aber auch die Auffassung, dass Mlotkowski nicht für das Auffliegen der KPD-Schleuserkette von Hamburg über Neumüster, Kiel, Eckernförde und Flensburg nach Süderlügum Ende Januar 1935 verantwortlich sei.<sup>28</sup>

Gleichwohl war die Gestapo durch Mlotkowskis Aussage auf Goldbergs Spur gelenkt und dieser am 2. Februar 1935 in Hamburg verhaftet worden. Seine eigene Aussage erklärte er mit der Wirkung der Folter, räumte aber auch eigene Fehler ein. So sei die Hamburger Gestapo auf Grund eines eigenen Konspirationsfehlers an zwei Fotos von ihm gelangt,<sup>29</sup> in Kiel habe er die parteiferne Buchhändlerin Asmussen als Anlaufstation genutzt, bei ihr gewohnt und mit ihr ein Verhältnis gehabt.<sup>30</sup> Ein dritter schwerer Fehler sei es gewesen, bei der Verhaftung einen Zettel bei sich zu tragen, der auf konspirative Treffen in Berlin hindeutete. Dass dieser Zettel den als „Kommunistenjäger“ bekannten Hamburger Gestapo-Beamten Kraus erst auf die Idee brachte, Goldberg als Lockvogel nach Berlin zu schicken, entschuldigte Goldberg damit, dass dessen Sekretärin eine ehemalige Genossin der Hamburger Bezirksleitung mit intimen Parteikennnissen gewesen sei.<sup>31</sup>

Gegenüber der Parteiaufklärung bestätigt Willi Goldberg, dass er am 5. Februar 1935 unter Beobachtung einer ganzen Gestapo-Mannschaft nach Berlin gefahren sei, um dort seine Treffen wahrnehmen zu können. Hinsichtlich dieser Treffen gab er zu, dass er seinem Berliner Kontaktmann, dem Kurier der Landesleitung des KJVD, die Gestapo-Beobachtung verschwiegen und diesen gar noch aufgefordert habe, einen Kontakt zur Berliner Landesleitung herzustellen – angeblich mit der Absicht, sein eigenes Entkommen vorzubereiten.<sup>32</sup> Seine Schilderung der Flucht am Abend des 9. Februar ist nicht frei von Widersprüchen. Goldberg wurde nach seiner Flucht ausführlich durch die Parteiabwehr vernommen und lieferte einen ausführlichen Bericht. Er bot jede Zusammenarbeit an – so z.B. seine Erfahrungen mit der Hamburger Gestapo zu veröffentlichen. Ein entsprechender Artikel, der jedoch keine direkten Rückschlüsse auf das eigentlich Geschehene zuließ, erschien dann am 1. September 1935 im *Pariser Tageblatt* (siehe nächste Seite).

Willi Goldberg wusste, was ihm im Falle einer Einbestellung nach Moskau drohte. Als in Moskau geschulter Oberberater konnte er nicht ausschließen, dass er nun als Doppelagent aufgebaut werden würde. Immer wieder waren diese politischen Hasadeur-Stücke versucht worden, stets endeten sie in einer Katastrophe für die illegal arbeitenden Kader. Goldbergs Aussagen gegenüber der Gestapo stellten für die KPD-Führung daher im Grunde kein großes Problem dar, denn es scheint die Absicht

**Abtlg.**

SD" bezieht gleiche Zeiträume

RECHTSPRECHUNG  
IM SAHND BEWERTEN

# Pariser Tageblatt

Nr. 11 vom 1. Sept. 1935

## Das ist die Folterjustiz des Dritten Reichs!

### Worüber auf dem Strafrechtskongress nicht diskutiert werden durfte

Hamburg, 26. August.

Das nachfolgende Protokoll eines verhaftet gewesenen Hamburger Arbeiters hätte zweifellos eine geeignete Diskussionsgrundlage für den Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongress gebildet, wenn der Kongress eben nicht in Berlin getagt hätte. Dass eine solche Diskussion unter den gegebenen Umständen unmöglich war, beweist, trotz der einzelnen und sehr ehrenvollen Vorstöße der ausländischen Delegierten, die Fragwürdigkeit einer internationalen Zusammenkunft, die im Dritten Reich stattfindet. Das Protokoll des Hamburger Arbeiters lautet:

„Nach der Verhaftung in Wandsbek wurde ich ins Stadthaus, zur Zentrale der Hamburger Gestapo, gebracht. Der mich verhörende und die Folterung anordnende Abteilungsleiter heisst Inspektor Graus. Im Ausland muss er bereits bekannt geworden sein, denn er beichtete mich, gegen ihn Artikel geschrieben und ins Ausland geschafft zu haben (wovon ich selbstverständlich keine Ahnung hatte). Einige Äusserungen von ihm zur Charakterisierung: „Ich glaube, Sie wissen, wo Sie sich befinden, und Ihnen ist ja auch mein Name bekannt. Aus dem, was Sie von mir wissen, müssen Sie schon Ihre Schlussfolgerungen ziehen.“ — „Ich bin gewöhnt, von einem Verhafteten mindestens fünf andere zu bekommen. Sie können wählen, entweder Sie decken eine ganze Organisation auf, und dann kann es Ihnen gut gehen. Sie können für uns arbeiten, und unsere Leute verdienen viel Geld. Für Ihre Frau wird ebenfalls gesorgt.

mein Widerstand noch nicht gebrochen war, wurde mir angeboten, an meine Frau zu schreiben, weil ich sie nicht mehr sehen werde. Die Beamten haben die Pistolen hervorgeholt und mich mit dem Gesicht an die Wand gestellt. Sie hantierten laut mit den Pistolen herum und stritten sich darüber, wer mich umlegen solle: „Den vorigen hast Du umgelegt, jetzt komm ich ran.“ -- Die Knechte haben während der Unterbrechung der Folterungen, in denen ich zu Graus geführt wurde, weitere Schnapsmengen zu sich genommen; der Fuselgeruch und ihre Grausamkeiten nehmen bei jeder Aktion zu. In derselben Nacht wurde der Altonaer Olt erschlagen. Et war etwa 55 bis 60 Jahre alt und schwächlich; er ist wahrscheinlich an einem Herzschlag den Folterungen erlegen.“

bestanden zu haben, V-Leute der Partei innerhalb der Gestapo aufzubauen. An der Parteibasis forderte eine solche Politik unzählige Opfer.<sup>33</sup>

Goldberg wurde seitens der Abwehr mehrere Tage Zeit gegeben, alle Vorgänge, Namen und Verbindungen niederzuschreiben. Die Abwehr wollte damit seine Glaubwürdigkeit prüfen und feststellen, welche Kader und Kontakte im Reich durch Goldbergs Aussagen bedroht waren. Soweit sich dies mit den vorhandenen Quellen sagen lässt, sind Goldbergs Sachangaben – bis auf die zwei abweichenden Angaben über Mlotkowskis Reise nach Dänemark – plausibel und decken sich mit seinen und den Aussagen von Mlotkowski, Grünert, Affeld vor der Gestapo sowie den parteiinternen Ermittlungen u. a. auch in Kopenhagen.<sup>34</sup>

Was sich in den Parteiquellen zur „Goldberg-Affäre“ nicht widerspiegelt, ist die Liquidation der Parteiabwehr und des Militär-Apparates der KPD in diesen Monaten. Das ganze Ausmaß von Goldbergs Aussage kann nur verstanden werden, wenn man weiß, dass die Parteiabwehr faktisch funktionsuntüchtig war und viele fähige Kader der Organisation seitens des ZK geradezu verfolgt wurden.<sup>35</sup>

Bereits 1996 hat Gerhard Paul Goldbergs Funktion als V-Mann der Gestapo herausgearbeitet. Im Abschnitt „V-Leute im Einsatz gegen die Kommunisten“ zitiert er aus den KPD-internen Ermittlungen und macht sich damit die Sichtweise der Parteiquelle zu eigen: „Am 19. Februar 1936 legte Grete Wilde – Instrukteurin der Kaderabteilung der Kommunistischen Internationale – im fernen Moskau einen schonungslosen ‚Bericht über die Untersuchung der Verhaftungen in der Hamburger Organisation während der Illegalität‘ vor, in dem sie das ganze Ausmaß der Zersetzung im Bereich des KPD-Bezirks Wasserkante durch zur Gestapo übergelaufene Kommunisten beleuchtet [...]. Durch die umfangreichen Festnahmen im Dezember 1934 in Kiel sei fast der gesamte Grenzapparat hochgegangen. [...] Unabhängig davon, daß der erste Kieler Mann sofort Aussagen machte und sich bereit erklärte, für die Gestapo zu arbeiten, konnte die Organisation und die Verbindung zur Grenze aufgerollt werden durch [...] Wilhelm Goldberg.“ Diesem sei es gelungen, zwei Gestapo-Beamte als Emigranten getarnt in die illegale KPD-Organisation einzuschleusen, die verschiedene Stationen bis nach Eckernförde mühelos anliefen und dann – gemäß Grete Wilde – den gesamten Apparat auffliegen ließen.<sup>36</sup>

Wildes Belege für diese These sind jedoch nicht überzeugend.<sup>37</sup> Zwar ist zutreffend – dies belegt auch Paul –, dass die Rote Gewerkschafts-Opposition (RGO) und die Internationale der See- und Hafentarbeiter (ISH) weitere wichtige Einbruchstellen für die Gestapo waren, doch lässt sich dies nicht mit Wildes Beispielen belegen bzw. nennt sie Fälle, in denen es definitiv um die Liquidation von Funktionären der KPD ging, die gewiss nicht

für die Gestapo gearbeitet haben.<sup>38</sup> Keineswegs darf in einer Fußnote verschwinden, dass sie den Hamburger Funktionär des Militär-Apparates, den ehemaligen Fahrer und Personenschutz von Thälmann, Viktor Priess, denunzierte.<sup>39</sup>

Was Paul aus Kenntnis der Gestapo-Akten formulierte und in den Teilergebnissen auch in den Berichten der KPD enthalten ist, nämlich die fehlende Resistenz von Kadern der KPD gegen die Gestapo und die stümperhafte konspirative Arbeit, führte kaum zu Konsequenzen in der Organisation. Erst zu spät – 1936 – setzte sich im ZK die Einsicht durch, dass es sinnlos sei, im Reich eine flächendeckende Organisation aufrecht zu erhalten: Noch bestehende Bezirksleitungen wurden in die Emigration abberufen; es blieb bei Einzelverbindungen. Zudem wurde insbesondere nachrichtendienstlich gearbeitet. Zentral wirkende Oberberater waren darüber hinaus diskreditiert.<sup>40</sup>

### **Der Fall Goldberg aus Sicht der Gestapo-Quellen**

Die Gestapo-Überlieferung beginnt mit dem Tagesbericht der Altonaer Dienststelle von Montag, dem 10. Dezember 1934: „In Flensburg wurde am 8.12.34 der Stellmacher Helmuth Mlotkowski [...] vorläufig festgenommen. [...] Er versuchte [...] von Flensburg aus mit der Bahn nach Dänemark zu kommen und legitimierte sich mit einem dänischen Ausflugschein, der auf den Namen Ch.[ristian] Larsen<sup>41</sup> in Tonder lautete. [...] Mlotkowski spricht kein Wort Dänisch und fiel daher den kontrollierenden Beamten auf. Es besteht dringender Verdacht, daß Mlotkowski als Kurier Verbindungen zwischen der deutschen und dänischen KPD aufrechterhält.“<sup>42</sup>

Entscheidend ist, dass hier der Behauptung Goldbergs vor den Parteigremien, ein schlechter Pass sei für das Auffliegen verantwortlich gewesen, widersprochen wird. Dagegen wird Mlotkowskis spätere Darstellung bestätigt.<sup>43</sup> Während Mlotkowski später aussagte, dass Goldberg ihn nach Dänemark geschickt habe, redete sich Goldberg damit heraus, dass Mlotkowski sich aus eigenem Antrieb diese Aufgabe angemaßt habe. Mlotkowski wurde gegen die Zusage der Mitarbeit von der Kieler Gestapo entlassen und – das wusste die Gestapo allerdings zunächst nicht – wenige Tage später seitens der Partei nach Dänemark abtransportiert. Davon erfuhr man erst, als auch seine Familie verschwand.

Goldbergs und Besenbruchs Entscheidung, Mlotkowski nach Dänemark zu verfrachten, diente dem Ziel der Eigensicherung. Im Bericht der Gestapo Altona vom 1. Februar 1935 – also vom Vortage der Verhaftung Goldbergs – heißt es, dass die Aufdeckung eines Emigrantenschmuggelringes von der Verhaftung des Altonaer Unterbezirksleiters Heldt am

17. Januar 1935 ausgegangen sei. Im Verfahren gegen Heldt und Genossen sind dann nicht weniger als 570 Personen angeklagt worden.<sup>44</sup>

Die Verhaftungen zwischen dem 21. und 26. Januar erfolgten, nachdem die Gestapo zwei eigene Beamte auf die Linie geschickt hatte. Wahrscheinlich hatte Mlotkowski den Hinweis auf Heldt geliefert; es war wohl Heldt, der ihm seinerzeit Goldberg brieflich angekündigt hatte. Unstrittig ist aber, dass Mlotkowski keine Genossen der Schleuserkette aus seiner unmittelbaren Nähe verraten hatte – möglicherweise kannte er sie nicht in dieser Funktion –, denn die Gestapo sprach davon, dass sich das Blatt erst gewendet habe, nachdem der Altonaer Unterbezirksleiter Heldt eine Emigrantenauflaufstelle in Kiel „bei Wegener“ benannt habe.

Wegener sagte erst nach seiner Misshandlung aus. In seinem Aussageprotokoll vom 25. Januar 1935 heißt es: „Nach drei schlaflosen Nächten [...] teile ich mit [...]“. Walter Besenbruch, der erst wenige Wochen zuvor aus der Haft entlassene neue Kieler Unterbezirks-Leiter, sagte dann am 26. Januar umfangreich aus und nannte auch Gerta Still. Von ihr aus konnte die Gestapo die Verbindung zwischen ihm, Goldbergs Geliebter Auguste Asmussen, und Goldberg herstellen.<sup>45</sup>

Durch Asmussens Verhaftung am 30. Januar gelang es der Gestapo, von einer allgemeinen Fahndung nach Goldberg auf einen zielgerichteten Zugriff umzuschwenken. Die Kieler Gestapo ging davon aus, dass Goldberg Auguste Asmussen nur als „Mittel zum Zweck“ genutzt hatte. Einen Tag nach ihrer Vernehmung durch die Hamburger Gestapo in Kiel und Entlassung nahm sich Auguste Asmussen das Leben.

Der Gestapo-Bericht vom 9. Februar 1935 notiert, dass man zwar seit dem 3. Januar über die Identität von Goldberg unterrichtet gewesen sei, dessen Arbeit als Instrukteur der Landesleitung aber erst durch die Vernehmungen im Zusammenhang mit den Verhaftungen auf der Linie Kiel – Eckernförde – Flensburg deutlich wurde: „Besonders geschah dieses durch die Vernehmung der Verkäuferin Auguste Asmussen [...]: Auf Grund der Aussage der Asmussen wurde[n] durch die Staatspolizei in Hamburg weitere Massnahmen in Hamburg getroffen und konnte daraufhin Goldberg am 1. oder 2. Februar 1935 in Hamburg durch die dortige Staatspolizei festgenommen werden.“<sup>46</sup>

Goldberg hatte nach seiner Verhaftung am 2. Februar 1935 im Anschluss an seine Misshandlung eine umfassende Aussage vor dem Gestapo-Beamten Kraus gemacht. Er gab preis, dass er sich nach seiner Ausbildung in Moskau bis Ende September in Berlin aufgehalten und sein Auftrag zunächst darin bestanden habe, die Stimmung in der Landbevölkerung zu ergründen. Von der Berliner Landesleitung sei ihm dann die neue Aufgabe zugeteilt worden, und erst über die Hamburg Bezirksleitung sei er nach



Kiel geschickt worden. In Kiel erstattete ihm Mlotkowski Bericht über eine Organisation mit 200 Mitgliedern, die auch über Betriebszellen auf der „Germania Werft“ und den „Deutschen Werken“ verfügte. Goldberg ergänzte im Verhör: „Hierzu muss ich bemerken, dass die Angaben des Mlotkowski meinen später angestellten Nachprüfungen nicht standgehalten haben.“

Nun muss in Erwägung gezogen werden, dass er vielleicht das Kieler KPD-Potenzial im Rahmen einer Aussagestrategie gezielt kleinreden wollte, um hier den Verfolgungsdruck möglichst gering zu halten. Doch zwei Aspekte sprechen gegen eine solche Vermutung: Zum einen waren zwischen Kiel und Hamburg in den Tagen vor Goldbergs Verhaftung bereits um die 80 Personen festgenommen worden, und die Gestapo konnte Goldbergs Einschätzung einigermaßen verifizieren. Zum anderen sollte nicht ausgeblendet werden, dass Mlotkowski und Grünert vielleicht sehr wohl 200 Genossen gesammelt hatten, deren Arbeit aber auf den Selbstschutz und die Versorgung der Verfolgten abgestellt war. Eine vom ZK führbare und der Parteidisziplin unterworfenen Organisation, wie sie Goldberg erwartet hatte, gab es in Kiel sicherlich nicht. Darüber, was außerdem noch unternommen wurde, lieferte Goldberg einen weit gefassten, grundsätzlich mit seinen Aussagen vor der Partei und den Aussagen der anderen Verhafteten übereinstimmenden Bericht.<sup>47</sup>

Seine Aussagebereitschaft bei der Gestapo erklärt Goldberg damit, dass zu viel Belastendes gegen ihn stehe – „es hat doch keinen Zweck mehr auf verlorene[m] Boden zu kämpfen“<sup>48</sup> Diese Formulierung, die er in einem dann allerdings nicht abgeschickten Brief an seine Ehefrau in Königsberg lieferte, nennt Kraus dann auch als ihm einleuchtendes Aussagemotiv. Er ergänzt zum Vernehmungsprotokoll, dass er erreicht habe, „dass [Goldberg] sich dazu bereit erklärte, die auf seinem Zettel [...] notierten Treffs in Berlin mit uns zusammen wahrzunehmen und ich verfolgte damit die Absicht, so in die Landesleitung der KPD in Berlin einzudringen.“

Angesichts der Zeitknappheit konnte das Verhör nicht weitergeführt werden, denn Kraus hatte als leitender Ermittler in diesen Tagen sehr viele Vernehmungen zu führen. Man machte sich auf, in Berlin Goldbergs Termine wahrzunehmen. Ein vorläufig abschließender Bericht der Hamburger Gestapo vom 9. März 1935 hält die Ereignisse fest: In den Tagen vom 5. bis zum 9. Februar 1935 arbeitete Goldberg in der für die Gestapo gewünschten Weise; Verhaftungen konnten erfolgen, ohne dass Goldberg als V-Mann sofort „verbrannt“ wurde.

Am Abend des 9. Februar wollte Goldberg ein weiteres Treffen wahrnehmen, wieder mit dem Jugendberater für den Bezirk Nord in Berlin,

doch ein der Gestapo unbekannter Dritter – der Berliner Quartiersmann, der Verdacht geschöpft hatte – kam hinzu und trug dazu bei, die Situation zu wenden. Zwar konnte die Gestapo den Jugendberater im geeigneten Moment verhaften,<sup>49</sup> ohne dass es der Quartiersmann sofort erfuhr, doch Goldberg musste nun, selbst wenn er weiter mit der Gestapo zusammenarbeiten wollte, gemeinsam mit dem Quartiermann entweichen, um nicht den Verdacht direkt auf sich zu lenken.

Als Goldberg verschwand, dachte die Gestapo noch nicht an eine Flucht, und noch am 28. Februar 1935 schob Kraus die Verantwortung für die Flucht nicht auf Goldberg. Dies deutet darauf hin, dass Kraus von Goldbergs Angebot der Zuarbeit überzeugt war. Dabei übersah er jedoch, dass Goldbergs Begründung, warum ihm nach einer Zusammenarbeit mit der Gestapo jede weitere Arbeit in der KPD unmöglich sei, nicht stichhaltig war, denn die KPD versuchte mehrfach, V-Leute der Gestapo für sich als Doppelagenten umzudrehen. Für die Partei war darüber hinaus zentral, dass die Verhaftungskette abbriss. Dass bis dahin Personen geopfert wurden, schien verschmerzbar zu sein.

Der seitens der Partei des Verrats bezichtigte Hermann Amter, im Frühjahr 1935 Erster Mann der Hamburger Leitung, sagte gegenüber der Gestapo aus, dass die Bezirksleitung in Hamburg recht bald aus Berlin den Hinweis erhalten hatte, Goldberg sei seitens der Hamburger Gestapo dazu eingesetzt worden, „einen Angriff auf die KPD-Landesleitung zu ermöglichen“.<sup>50</sup> Doch diese Warnung verhinderte nicht, dass es im Kontext der Goldberg-Affäre zwischen Flensburg, Hamburg und Berlin zu weiteren Verhaftungswellen kam.

Auch war es der Gestapo gelungen, im Anschluss an den Prozess gegen die von Goldberg aufgebaute illegale Parteiorganisation rund um Kiel einen der Angeklagten als V-Mann zu gewinnen und in die dänische Emigration einzubauen. Im Zusammenhang mit Goldbergs illegaler Organisation war der Betreffende nur eine marginale Person gewesen, doch seine erheblichen kriminellen Vorstrafen erlaubten es, ihn gegen die Zusage des Freispruchs als V-Mann zu gewinnen.

Dass die Funktionäre der KPD-Abschnittsleitung in Dänemark ausgerechnet auf einen Charakter wie ihn in der illegalen Grenzarbeit setzten, spricht für die schlechte Verfassung der illegalen Organisation.<sup>51</sup> Dass Goldbergs Aussage vor der Gestapo der Partei im Detail bekannt sein musste, konnte die Gestapo aus besagtem Artikel im *Pariser Tageblatt* vom 1. September 1935 schließen. Obwohl Goldbergs Name hierin nicht erwähnt wurde, ordneten Auswärtiges Amt und Gestapo diesen Artikel sofort Goldberg zu. Das Ermittlungsverfahren wurde vorläufig eingestellt, da man den Beschuldigten – zutreffend – in der CSR vermutete.<sup>52</sup>



Polizeiliches Fahndungsfoto von Willy Grünert (vermutlich vor 1933 entstanden)

Helmuth Mlotkowski und Willy Grünert wurden erst 1940 in der Kopenhagener Emigration verhaftet und im August 1941 ausgeliefert. Bei seiner Vernehmung im September 1941 stellte Mlotkowski nochmals das Geschehen seit dem Juli 1934 dar: Ihm sei damals brieflich ein neuer Verbindungsmann angekündigt worden.

In der Folgezeit wurden etwa 20 Treffen in Kiel abgehalten. Im September 1934 beauftragte Goldberg ihn damit, Verbindung zu anderen KPD-Gruppen in der Region aufzunehmen: Goldbergs Ziel sei es gewesen, den Aufbau einer illegalen Parteiorganisation nach einem vorgegebenen Muster zu bewerkstelligen. Zentral ist aber, dass Mlotkowski auch 1941 aussagte, dass er im Auftrage von Goldberg nach Dänemark geschickt worden war und nicht eigenständig entschieden hätte, an Stelle von Goldberg nach Dänemark zu fahren. Nachdem er bei der Einreise nach Dänemark aufgefallen und an die deutsche Grenzpolizei übergeben worden sei, habe er sich dann vor der Kieler Gestapo dazu bereit erklärt, den illegalen KPD-Apparat hochgehen zu lassen.<sup>53</sup>

Was könnten die Motive von Mlotkowskis Aussage Ende 1934 vor der Gestapo und seine anschließende Bereitschaft zur Zusammenarbeit gewesen sein? Unstrittig ist, dass ihm 1934 als gerade aus der „Schutzhaft“ Entlassenen nun eine neue, erheblich höhere Haftstrafe drohte. Vielleicht war er auch verärgert darüber, für die Partei unter gänzlich unzureichenden Bedingungen arbeiten zu müssen. Ohne Kenntnisse des deutsch-dänischen Grenzraumes und der dänischen Sprache hatte er wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass bereits eine solche Lappalie zu seiner Verhaftung führen konnte.

Aber was auch nicht vergessen werden darf: Er hatte nach der Haftentlassung geheiratet – die Adoption seiner Stieftochter war ihm aber auf-

grund seiner politischen Vorstrafen und der Arbeitslosigkeit verwehrt worden –, und wenn er Partnerin und Kind achtete, dann musste ihm sein Verhalten, das Familienleben durch eine neue Inhaftierung abermals aufs Spiel zu setzen, unverantwortlich vorgekommen sein. Mlotkowski hatte in diesen Dezembertagen zudem Arbeit in Kiel – nach Monaten ohne Einkommen. Aus seinem Engagement für die Familie nach der Emigration können wir zumindest erahnen, dass ihm die Bedeutung der Familie nicht erst mit der Emigration bewusst geworden war.<sup>54</sup>

Solche Überlegungen, die Einbeziehung der privaten Alltagsrealität in die Arbeit der Partei, waren Goldberg vielleicht geläufig – der Brief an seine eigene Familie deutet es an –, doch er stellte dies sehr weit zurück und wollte, ganz wie es das ZK vorsah, Parteibataillone befehligen. So projizierte Goldberg wahrscheinlich seine eigene Verdrängung auch auf Mlotkowski und schloss daraus, dass dieser ihn nicht bei der Kieler Gestapo verpfiffen habe. Mlotkowskis Kieler Genosse Willy Grünert glaubte dies 1934 hingegen nicht,<sup>55</sup> denn er wusste wahrscheinlich um die Konflikte zwischen Parteiarbeit und Familienalltag.

Grünert hatte diese Rücksichtnahme nicht mehr zu üben: Er war geschieden, und sein Kind war 1927 bei einem Badeunfall ums Leben gekommen.<sup>56</sup> Im Kontext einer Gegenüberstellung mit Grünert und Affeld sagte Mlotkowski aus, dass Grünert ihn in Dänemark bei der Partei angezeigt und des Verrats bezichtigt habe. Bei einem Parteiverhör habe ihm der illegale Funktionär „Knuth“ angeboten, „dass sie alles vergessen wollten, aber ich sollte mich zur Mitarbeit gegen Deutschland bereit erklären. Vorher sollte ich in Russland auf einer Schule ausgebildet werden. Als ich dies ablehnte, wurde ich aus der illegalen KPD mit der Begründung ausgeschlossen, dass ich zur Mitarbeit nicht bereit sei.“<sup>57</sup>

Bei Mlotkowskis Verurteilung zu drei Jahren (durch das Hanseatische Oberlandesgericht) und Grünerts Verurteilung zu zehn Jahren Haft (vor dem Volksgerichtshof) im Jahre 1941 spielten Goldbergs spätere Aussagen, die er bei der Gestapo in Reichenberg (Liberec) gemacht hatte, keine Rolle.

Willy Grünert kam 1943 ins KZ Buchenwald, wo er Mitglied der illegalen Lagerleitung wurde. Unmittelbar nach der Befreiung gelangte er nach Hamburg und wurde KPD-Vertreter im gemeinsamen Aktionsausschuss von KPD und SPD und Lizenzträger der *Hamburger Volkszeitung*. Wenig später trug er dazu bei, die KPD im Norden wieder auf Linie zu trimmen. 1951 musste er auf Weisung der Partei in die DDR übersiedeln, wo er eine Funktion in der Gewerkschaftsbewegung auf Bezirksebene wahrnahm. Beim Aufbau der DDR-Skandinavienkontakte im Rahmen der Rostocker Ostseewochen – einem Pendant zur Kieler Woche – nahm er bis 1976 noch eine Aufgabe wahr. Er verstarb 1985.

Helmuth Mlotkowski wurde nach dem Ausschluss aus der kommunistischen Emigration – wie andere Dissidenten auch – von der jüdischen Gemeinde in Kopenhagen unterstützt, und seine Familie integrierte sich erfolgreich in Dänemark. 1940 wurde Mlotkowski aber verhaftet und im August 1941 zusammen mit seiner Familie nach Deutschland ausgeliefert. In Neumünster, Lübeck und Bützow-Dreibergen saß er eine Zuchthausstrafe ab und wurde noch in den letzten Kriegsmonaten zur Wehrmacht eingezogen. Als er im August 1945 aus britischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte, trat er nicht wieder in die KPD ein, behielt aber den engen Milieukontakt bei und blieb der Sache der Arbeiterbewegung aktiv verbunden. Der später selbstständige Isolierer ging 1970 in Rente und verstarb 1983.<sup>58</sup>

### **Die Goldberg-Affäre: eine erfahrungsgeschichtliche Deutung**

Vor dem Hintergrund der angesammelten Quellenkenntnis kann die These gewagt werden, dass wir insbesondere die Vernehmungsprotokolle als „authentische Konstruktion“ der Beschuldigten lesen müssen.<sup>59</sup> Dass heißt, es wurde zwar gelogen und gedeutet, doch besitzen Goldbergs, Grünerts und Mlotkowskis individuelle Aussagen eine innere Kohärenz, Stringenz und Plausibilität. So kann Goldbergs Aufgabe der kommunistischen Position vor der Gestapo als authentisch gelten, doch letztlich kann seine Aussage aus drei Perspektiven unterschiedlich betrachtet werden: als Verrat, als Versuch, sich selbst in die Gestapo einzubauen, und als Dokument des Scheiterns<sup>60</sup> – und zwar als Dokument des persönlichen Scheiterns und des Scheiterns eines ganzen Politikansatzes der illegalen KPD.

Die Behauptung vom Scheitern dieser Bewegung ist im Kontext der Goldberg-Affäre oftmals zu vernehmen und wurde sowohl ereignisnah als auch retrospektiv von den – abtrünnigen – Kadern explizit erwähnt. Engagierte und überzeugte KommunistInnen trafen auf eine Politik, die ihre Sache im hohen Maße diskreditierte. Hierin unterschied man sich ganz wesentlich vom SPD-Milieu, welches gewiss auch mit ihrer Partei haderte, deren Partei mittelfristig aber die eigene Lebenslage zu verbessern half.

Der Bruch oder die Abkehr von den bisherigen politischen Organisationen stellte im Widerstand – und erst recht im Exil – mehr die Regel denn die Ausnahme dar, wobei die desaströse illegale Arbeit bei der Abkehr von der bisherigen politischen Orientierung eine besondere Rolle spielte.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des Bezirks „Wasserkante“, überwiegend in Hamburg und Altona sowie in der dänischen Emigration ausgeglichen, taten ein Übriges. Bedingt durch die Niederlage gegen die Gestapo im Großraum Hamburg nahmen die Verdächtigungen wahnhaftige Ausmaße

## Die Goldberg-Affäre in der Literatur

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wirft die Nicht-Darstellung der Goldberg-Affäre innerhalb der von der KPD initiierten Broschüren und Bücher ein bezeichnendes Licht auf deren Führung. Diese hatte im Bezirk Wasserkante nach Kriegsende alle auf eine Zusammenführung der Arbeiterbewegung abzielenden Initiativen sabotiert und rückte – als Klammer der inneren Schließung der eigenen Bewegung – die Stellung als radikalste Widerstandsorganisation gegen den Faschismus in den Vordergrund. So stellte die KPD in der Broschüre „Dokumente des Widerstandes“ ihre Geschichte mit einer Mischung aus Heroisierung und Trauergestus dar und unterschlug dabei alle Indizien, die auf eigenes Versagen, Schwächen, Misserfolge und innerparteilichen Zwist hindeuteten. Dementsprechend verwundert es nicht, dass auf die Ereignisse um den ZK-Instrukteur Goldberg nicht eingegangen, sondern irreführenderweise der Kieler Willy Grünert in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt wurde: Dieser habe den Auftrag erhalten, „einen ständigen Wassertransport von in Dänemark gedruckten illegalen Schriften nach Schleswig-Holstein zu organisieren“.<sup>61</sup>

Bezeichnenderweise erwähnt auch die nachfolgende parteigebundene Erinnerungsliteratur, etwa das von den Partei-Aktiven<sup>62</sup> Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer verfasste Standardwerk „Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand“<sup>63</sup>, Willi Goldberg und seine Aktionen nicht.

Dagegen findet sich in den in der DDR veröffentlichten Memoiren des Lübecker KPDlers Ernst Puchmüller der Hinweis, dass es ausgerechnet die Verhaftung des ZK-Oberberaters Goldberg und dessen Tätigkeit „als V-Mann“ war, die zahlreiche Verhaftungen in der Widerstandsphase nach sich gezogen hatte.<sup>64</sup>

Während Elke Imberger 1991 in ihrer Dissertation „Widerstand von ‚unten‘ in Lübeck“ diese Episode sehr wohl berücksichtigt, nimmt Irene Dittrich 1993 im „Heimatgeschichtlichen Wegweiser“ auf den für die KPD-Geschichtsschreibung pikanten Hinweis zum Wirken von Goldberg als V-Mann in Kiel nicht Bezug.<sup>65</sup> Allerdings führt Dittrich erstmals umfassender die Sachverhalte um Goldberg und Mlotkowski in einer Darstellung zusammen und berichtet vom Materialschmuggel zwischen Sonderburg und Eckernförde, jedoch bleibt der Kontext des Auffliegens der Aktivitäten auch hier im Unklaren.<sup>66</sup>

Neuere Informationen über die Rückschläge des KPD-Widerstands arbeitete Dittrich dann 1996 in einem Beitrag zum Lesebuch „Geschichtsumschlungen“<sup>67</sup> ein, wobei sie indirekt „Widerstand leisten“ und „Verfolgt werden“ synonym setzte.

an und eskalierten bis hin zum versuchten bewaffneten Raub des Parteiarchivs in Kopenhagen.<sup>68</sup> Die wechselseitigen Vorwürfe in der Emigration trieben abstruse Blüten, und unabhängig vom Wahrheitsgehalt solcher Denunziationen mussten derartige Vorkommnisse das persönliche wie politische Vertrauen nachhaltig zerrütten.<sup>69</sup> Verstärkt wurde diese Denunziationsneigung dadurch, dass alle KPD-EmigrantInnen in der Haft einmal mit der Gestapo in Berührung gewesen waren. Während im Fall von Helmut Mlotkowski die Ereignisse und Folgen dieses Kontaktes offen zutage liegen, blieben andere Verdächtigungen vorerst ungeklärt, prägten aber das Verhältnis zur Emigrationsleitung bzw. den späteren Emigrationsweg maßgeblich.<sup>70</sup>

Das hohe Gefährdungspotenzial, dem sich EmigrantInnen wie Arthur Henschel aus Neumünster, Hans Bringmann aus Lübeck, Selma Henschel und Alfons Heising aus Altona ausgesetzt sahen, stand in keinem vertretbaren Verhältnis zum politischen Ertrag dieser Aktivitäten. Diese Erfahrung war aber nicht nur während der Emigration gemacht worden, sondern kennzeichnete bereits die Phase des Widerstands im Reich.<sup>71</sup>

Noch einmal zu Goldberg selbst: Goldberg war in Norddeutschland aufgefliegen, weil er die Regeln der Konspiration grob verletzte und sich einer fast willkürlich ausgewählten Kontaktperson in Kiel, seiner Geliebten, als Drehscheibe für die illegalen Arbeit zuwandte. Da nur noch wenige Freiwillige für die waghalsigen Aktionen der KPD zu gewinnen waren, griff er zudem auch auf frustrierte und/oder ungeschulte Personen zurück. Goldberg hatte Deutschland 1932 in einer bürgerkriegsähnlichen Situation verlassen und war auf der Moskauer Komintern-Schule ausgebildet worden. Als er ins Reich zurückkehrte, verkraftete er den Sprung in die Realität nur unzureichend. Die Bedingungen der illegalen Arbeit, das Ausweichen der bereits einmal verhafteten Kader und die Kluft, die sich auftat zwischen der Erwartung eines revolutionären Umsturzes und der Massenbasis, die der Nationalsozialismus gewinnen konnte, waren für den Instrukteur möglicherweise nur schwer zu ertragen.

Angesichts der Tatsache, dass für die Politik der Komintern in Deutschland keine Basis mehr bestand, verwundert es nicht, dass sich auch Goldberg fragen musste, für wen er dies alles tat. Er unterlag massivem Stress, erlebte, dass die Parteiarbeit ein schwieriges Geschäft war, und scheiterte letztlich an einem Widerstandsansatz, der sich nicht mit der Realität in Deckung bringen ließ. Anhand der Goldberg-Affäre lässt sich damit exemplarisch aufzeigen, dass der Widerstand der KPD auch deshalb zum Scheitern verurteilt war, weil die Personen, die diesen organisieren sollten, von der Partei nicht als Menschen, sondern rein instrumentalistisch als Funktionsträger gesehen wurden.

## Anmerkungen

1. Ohne die Hartnäckigkeit, die Frank Omland und der AKENS an den Tag gelegt haben, um mich zur Bearbeitung eines Vortragstextes zu motivieren, wäre dieser Beitrag nie zustande gekommen. Bei der Redigierung des Ursprungstextes hat Frank gewissermaßen als Co-Autor fungiert – vielen Dank! Das Thema selbst entstammt meiner Dissertation „Politisches Exil als Migrationsgeschichte. Schleswig-Holsteiner EmigrantInnen und das skandinavische Exil 1933–1960“ (Flensburg 2003), welche als PDF über die AKENS-Website [www.akens.org](http://www.akens.org) eingesehen und ausgedruckt werden kann.
2. So wurden der Rendsburger SPDler Carl Köhler aus der Strafhaft, die Lübecker KPDler Paul Steen und Werner Bringmann aus der „Schutzhaft“ und einige Kieler Kommunisten aus der U-Haft entlassen. Zu Weihnachten 1932 wurde das Verfahren gegen Hamer und Genossen, in dem auch Helmuth Mlotkowski wegen der verbotswidrigen Fortsetzung des „Rotfront-Kämpferbundes“ in den Jahren 1929–1931 angeklagt worden war, auf Grund der Amnestie eingestellt. Bundesarchiv [BArch], R 58/3622, Bl. 13ff. Betr. Ermittlungen gg. Hamer und Gen.
3. Es war nur formal der Reichspräsident, der hier eine Amnestie verkündete. Weil der Widerstand seitens der organisierten Arbeiterschaft gegen das neue Regime schwächer ausfiel als erwartet, kam es schon im Mai 1933 zu ersten Entlassungen aus den Konzentrationslagern, und Hitler ließ nach der für das Regime überaus positiv ausgefallenen Volksabstimmung im November eine Weihnachtsumnestie prüfen. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*. Hamburg 2003, S. 6 und 231.
4. KPD-Stimmen Reichstagswahl 1932 (II): 13,3 %, zum Vergleich SPD: 24,7 %. Scharlt errechnet ein Verhältnis von KPD- zu SPD-Stimmen im Gebiet des KPD-Bezirks „Wasserkante“ von 10:14 (Reichstagswahl 1932 II). KPD-Mitglieder 1930: 3300–4300 (ohne Altona und Lübeck), zum Vergleich die SPD: 55.000. Matthias Scharlt, *Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein*. Flensburg 1999, S. 23 u. 70; Thomas Klaffke, *Die Kieler Sozialdemokratie in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Organisation, Ideologie und Politik*. Examensarbeit Kiel 1973, S. 28.
5. Die „defensive Milieubewahrung“, das „Abwettern“, die „Innere Emigration“ – aber auch das Mitmachen – wurden aber zur Massenstrategie der Arbeiterbewegung insgesamt, auch der frustrierten Kommunisten.
6. Die tiefsten Einblicke in dieses Milieu liefern Scharlt, *Rote Fahnen*, und Christian Gotthardt, *Die radikale Linke als Massenbewegung. Kommunisten in Harburg-Wilhelmsburg 1918–1933*. Hamburg 2007.
7. Thomas Pusch, „Mein Lebenslauf“. Was der Ratzeburger Kommunist Willy Lange 1945 im schwedischen Exil seiner Parteileitung berichtete. In: *ISHZ* 38 (2000), S. 63-87, insb. S. 66-73; Scharlt, *Rote Fahnen*, S. 20ff.; Irene Dittrich, *Die „Revolutionäre Studentengruppe“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (1930–1933)*. In: *Demokratische Geschichte* 4 (1989), S. 175-184.
8. „Nachweisung über die KPD und deren Organisationen, Führer und sonstige in der Partei und den Organisationen hervorgetretenen Personen im LKP-Bezirk Kiel nach dem Stand vom 1.2.33.“. BArch R 58/3299, Bl. 127-155. Die Qualität der Liste deutet auf einen V-Mann hin. In Kiel war dafür der bereits mit dem Papen-Putsch eingesetzte Polizeipräsident und spätere Leiter der Gestapo (bis April 1934) Otto Graf zu Rantzau (1888–1946) verantwortlich. Gerhard Paul (unter Mitarbeit von Erich Koch), *Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein*. Hamburg 1996, insb. S. 24f. u. 29.
9. Gerhard Paul, Hans Hermannsen – Flensburger Gestapo-Chef. In: *Verführt. Verfolgt. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft in Flensburg 1933–1945*. Flensburg 1996, S. 101-127.
10. Paul Bromme, *Im nordischen Exil*, = Bürstenabdruck von 1948 ohne Seitenzählung im Nachlass Paul und Hedwig Bromme in Händen von Ute Fick (Ahrensböök); Elke Imberger, *Widerstand „von unten“*. Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und

- der Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933–1945. Neumünster 1991, S. 58-99.
- 11.** Es sieht so aus, dass man daher auf SPD-Einrichtungen auswich, so dass im Ergebnis bereits bis zum 20.3. die gesamte organisatorische Leitung von KPD, SPD und Freien Gewerkschaften zerschlagen worden war.
- 12.** Polizeipräsident Kiel an Regierungspräsidenten in Schleswig, 8.3.1933. Betr.: „Durchsuchungen und Inhaftierungen auf Grund des Funkerlasse des preuß. MdI vom 27.2. und 1.3.33.“ BArch R 58/3622, Bl. 92-93 RS.
- 13.** So etwa im Falle von Friedrich Brug am 5.5.1933. Vgl. dazu Pusch, Exil, S. 82.
- 14.** Dieses Konzentrationslager bei Torgau war als Zuchthaus 1927 wegen Baufälligkeit geschlossen, aber 1933 mit „Schutzhäftlingen“ neu belegt worden. BArch NJ 3, Bd. 2, Bl. Aussage von Friedrich Brug, Kiel 12.9.1935 (Willi Grünert); Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv [LAS] 761/8055 I, Friedrich Brug, Protokoll einer Erklärung von Helmuth Mlotkowski, Kiel, den 19. 2. 1957.
- 15.** Das Aufgebot wurde noch aus der Haft gestellt. Auch bei Brug gibt es ähnliche Hinweise.
- 16.** In der Anklageerhebung gegen Schustereit und Genossen sowie Tausendfreund und Genossen waren Teile der in Freiheit befindlichen Organisation, wie sie im zitierten Bericht vom 1.3.1933 zutreffend abgebildet worden war, unbehelligt geblieben. Dennoch bleibt der Eindruck einer exemplarischen Aburteilung bestehen, denn in einzelnen Anklagepunkten ging es u. a. nur um die Beschaffung einer freiverkäuflichen englischen Tageszeitung. Anklageschrift, 9.1.1934. BArch NJ 12164, Bl. 22ff. und Bl. 31ff. (Strafsache gg. Schustereit, Koschinsky und Genossen).
- 17.** Friedrich Paulsen, Mitglied im Sozialistischen Schüler- und Studentenbund (SSB), rechnete noch mit einem fairen Prozess. Er baute seine Prozessverteidigung gar darauf auf, mit Phrasen der „Konservativen Revolution“ die vermeintlich national-reaktionären, aber keineswegs nationalsozialistischen Richter milde stimmen zu können. Er sollte sich täuschen.
- 18.** Teile eines autonomen, auf den Selbstschutz abzielenden Reorganisationsversuches waren dann in Kiel, mehr durch Zufall, in der ersten Jahreshälfte 1934 aufgedeckt worden, und mehrere Personen, so Fritz Hamer und Heinrich Hamer – beide nicht verwandt –, emigriert.
- 19.** Goldberg im April 1935 über das Auffliegen von Mlotkowski. BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/101, Bl. 396.
- 20.** Goldbergs Indiz dafür, dass Mlotkowski nicht gefoltert wurde, bestand in seiner Annahme, dass ein Gefolterter nicht bereits nach drei Tagen wieder arbeiten könne.
- 21.** Die biografischen Daten entstammen den Vernehmungprotokollen der Gestapo und der Anklageschrift des VGH (vgl. Anm. 25). Vgl. auch die Darstellung in Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2008, S. 305.
- 22.** Was für den Ratzeburger KPDler Willy Lange gilt, kann auch für Goldberg – und nicht nur für ihn – anhand autobiografischer Selbstzeugnisse nachgezeichnet werden, vgl. Pusch, Willy Lange.
- 23.** Bewährt hatte er sich zuvor insbesondere beim 1931er Streik der Seeleute und Hafendarbeiter im Ostseeraum. Der Streik sollte zur der Durchsetzung sowjetischer Interessen in der Handelspolitik dienen. Er endete mit einer Niederlage und Gefängnisstrafen für beteiligte Seeleute aus Kiel, Flensburg und Lübeck.
- 24.** „[Ich] musste dabei die Erfahrung machen, dass ich als lästiger Frager abgetan wurde. Ich wurde damit abgespeist, dass Lenin lehrte, ein Kommunist müsste in der Lage sein, innerhalb eines Tages erforderlichenfalls 24 Mal seine Taktik zu ändern. – Die Stimmung der Enttäuschung über vieles, was ich so erlebte, kam auch in meinem ersten Brief an meine Frau nach Rückkehr aus der SU zum Ausdruck [...]“ Diese Stelle seiner Aussage ist denn auch in der Akte rot angestrichen. Den – nicht überlieferten – Brief hatte die Königsberger Gestapo 1933 abgefangen. Vernehmung 16.1.1942 ff. In: BArch NJ 1239, Bl. 176ff.
- 25.** Vernehmung 16.1.1942ff. BArch NJ 1239, Bl. 165ff. Nachdem am 11.6.1936 das Verfahren gegen Goldberg zunächst eingestellt worden war, weil man davon ausging, dass er entweder

von der KPD ermordet worden war oder ins Ausland hatte flüchten können, griff der Oberreichsanwalt (ORA) am VGH am 4.11.1941 das Verfahren wieder auf und fragte, ob Goldberg eventuell als V-Mann Verwendung gefunden habe. Er erwirkte nun eine Verhaftung und Vorführung vor den Haftrichter. Goldberg wird Ende 1941 im Protektorat verhaftet und anschließend nochmals von der Gestapo in Reichenberg vernommen. Am 30.3.1942 erfolgt der 30-seitige Bericht des ORA, hier insb. Bl. 161.

26. Alle Zitate aus BArch NJ 1239, insb. Bl. 176ff., 187, 192, 196, Bl. 230 Rs. (Anklageschrift des VGH., 2.3.1942).

27. Die letzten Hinweise finden sich in Goldbergs Personalakte des Zuchthauses Waldheim. Sächsisches Hauptstaatsarchiv, 643/42697, Gefangenenbuch-Nr. 826/42. Weder die Deutsche Dienststelle noch das Bundesarchiv in Aachen-Kornelimünster konnten bislang weiterhelfen.

28. Hier sollte Goldberg recht behalten: Die Gestapo wusste, dass es eine Schleuserkette gab, und erfuhr durch das Verschwinden von Frau und Tochter Mlotkowskis in Kiel am 11.1.1935, dass erneut jemand geschleust wurde. Nachdem eine Hamburger Anlaufperson aufgefliegen war und diese sich der Gestapo zur Verfügung gestellt hatte, konnte die Gestapo zwei eigene Leute auf die Linie schicken.

29. Er hatte über seine Berliner Quartiersgeber Kontakt zu seiner in Königsberg lebenden Ehefrau aufgenommen, deren Post aber überwacht wurde.

30. BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/101, Bl. 400.

31. Paul, Staatlicher Terror, S. 142. Peter Kraus. BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/101, Bl. 399. Grete Wilde schrieb von einer Geliebten eines Mitglieds der Bezirksleitung, die bei der Hamburger Polizei arbeitet.

32. BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/101, Bl. 399.

33. So z.B. im Falle des Altonaers Hermann „Harry“ Amter. Doch auch darüber in den „Streiflichtern“ kein Wort, allein über einen „Parteischädling“ Amter. Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand. Berichte und Dokumente. Frankfurt/Main 1969. S. 632.

34. BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/101, Bl. 364: Auszug aus Bericht der Kopenhagener Leitung an das ZK. Parallel dazu verfasst auch die illegal arbeitende Organisation unter den EmigrantInnen in Kopenhagen einen Bericht. Auch dieser arbeitet keine Widersprüche zu Goldbergs Aussage vor der Abwehr heraus. Man meinte in Kopenhagen aber, dass die Verbindung von Hamburg über die Grenze wohl aufgefliegen sei, weil die Gestapo eigene Beamte auf die Linie geschickt hätte und diese tatsächlich ohne Legitimation der Partei in die Schleusung aufgenommen worden seien. Hierin wäre eine Entlastung Goldbergs zu sehen.

35. Ärgerlich ist in diesem Zusammenhang, dass ausgerechnet eine kritische Studie aus den letzten Tagen der DDR den Fall von Goldberg und Kratsch, dem am 9.2.1935 durch Goldbergs Wirken verhafteten Funktionär der Hamburger Bezirksleitung, als Beleg für das Funktionieren der Abwehr ansieht. Wenn also die Verhaftung von mehr als 250 Kadern im Rahmen einer „erfolgreichen Abwehrarbeit“ zu sehen ist – wie muss dann erst ein Fall einer erfolglosen Abwehrarbeit ausgesehen haben? Das Autorenkollektiv sieht den Fall Goldberg so, dass der KPD-Nachrichtendienst die Gefahr des Versagens von Goldberg erkannte und rechtzeitig Schritte einleitete, um ihn aus der Gefahrenzone, nämlich „zur weiteren Klärung der Vorkommnisse in Hamburg und Berlin nach Prag“ zu bringen. Bernd Kaufmann/Eckard Reiseiner/Dieter Schwips/Henri Walter, Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937. Berlin 1993, S. 333f.

36. Paul, Staatlicher Terror, hier S. 178f u. 278f.

37. Auch an anderen Stellen weist Wildes Bericht (wie Anm. 31) Unrichtigkeiten auf. Sie gab z.B. an, dass Goldberg bereits im Herbst 1933 in Hamburg als Oberberater tätig war, von der Bezirksleitung aber an die Landesleitung zurückgeschickt worden war, weil ihm „unsaubere Geldgeschäfte“ und „Frauengeschichten“ nachgesagt wurden. BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/101, Bericht vom 19.2.1936.

38. Zutreffend, aber erst von Paul herausgearbeitet, ist, dass ausgerechnet der Pass-Hersteller

der Kopenhagener ISH mit der Gestapo zusammenarbeitete und die Fälle von kometenhaft aufgestiegenen Kadern wie Beilich und Richard Krebs alias „Jan Valtin“ mit der 1940er Bekenntnisschrift „Tagebuch der Hölle“ Zu dessen Einordnung: Dieter Nelles, Jan Valtins „Tagebuch der Hölle“ – Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie. In: 1999, Jahrgang 1994, Heft 1, S. 11-45.

39. Sein Parteiverfahren ist in der gleichen Akte wie der Fall Goldberg abgelegt. Seine Vermutung war, dass die „undichte Stelle“ neben Pieck sein müsse. Interview mit Hans Bringmann, Hamburg, 22.6.1996/9.6.1997, Transkripte.

40. „Bericht über die KPD-Abschnittsleitung Nord“, Hamburg 13.10.1940. BArch, NJ 5749, Bd. 1., Bl. 32. So schrieb denn auch das Mitglied der illegalen Kopenhagener Abschiedsleitung „Gilbert“, alias Willy Adam, am 9.12.1935 an das ZK: „Du schreibst mir, dass inzwischen ein Mann gekommen sei, der mir die Verbindung mit H[amburg] verschaffen würde. Es ist zwar ein Mann gekommen, der aber gerade das Gegenteil wollte. Ich sollte ihm die Verbindungen Flensburg, Kiel, Altona übergeben, damit er sie wiederum den in Hamburg wartenden Oberberater übergeben könne. Dazu kann ich nur mitteilen, dass ich mich entschieden weigere, dass wieder ein einziger Oberberater alle norddeutschen Bezirke in die Hand bekommt.“ BArch SAPMO, Ry 1 / I 2/3/335, Bl. 82. Willy Adam war dann im weiteren KPD-Drama in Kopenhagen die tragische Schlüsselfigur.

41. Ein im Grenzland bekannter dänischer Kommunist, wie auch der Gestapo-Bericht festhält.

42. BArch R 58/3624, Berichte und Berichterstattung der Staatspolizeistelle in Altona, Bl. 152: Staatspolizeistelle in Altona an Gestapa, 10.12.1934, „Tagesbericht, Zu I. Festnahmen.“

43. Zwar sagt Mlotkowski ebenfalls aus, dass er zunächst geglaubt habe, der Grenzpassierschein sei nicht in Ordnung, weil er kein Bild hatte, doch das hatte seine Richtigkeit. So ließen die deutschen Grenzbeamten ihn mit dem Grenzpassierschein eines Dänen auch passieren, und erst die dänischen Grenzer sprachen ihn auf Dänisch an, denn laut Schein war er Däne.

44. BArch R 58/3624, Bl. 270: Bericht der Stapo Altona vom 1.2.35 an GestapA. Bericht des GStA beim HH OLG in Sachen Heldt und Genossen, 18.10.1935. BArch, NJ 3926, Bd. 1-3, Bl. 2-44. Ob die Gestapo auf Heldt durch Mlotkowskis Aussage gekommen ist, konnte noch nicht abschließend geklärt werden. Neben unten genannten Indizien ist auch denkbar, dass die Gestapo durch Mlotkowski nur von der Existenz des Emigrantenschmuggelrings erfuhr, nun aber gezielter vorgehen konnte.

45. Ermittlungsakte, Aussage Walter Besenbruch, 2.2.1935. BArch, NJ 1239, Bl. 49.

46. Bericht, Kiel 9.2.1935. BArch, NJ 1239, Bl. 60ff.

47. Die von der parteigebundenen Erinnerungsliteratur als mutig und entschlossen geschilderten Aktionen zur Bergung von illegalem Schriftgut am Strand nahe Eckernförde relativiert er dagegen mit dem Hinweis, dieses sei „absolut veraltet und unbrauchbar“ gewesen. Aussage Goldberg, 2.2.1935. BArch, NJ 1239, Bl. 28ff.

48. BArch NJ 1239 Goldberg, Willy: Deckmappe: Hauptverfahrenstermin 2.9.1942, Aufkleber: Haft, Briefumschläge, ohne Blattzählung (nach Bl. 40).

49. Der Jugendberater wurde nach Hamburg überführt, die illegale KJVD zwischen Berlin, Bremen, Hamburg und Lübeck aufgerollt.

50. BArch NJ 1239, Bl. 115f.: Aussage von Hermann Amter am 20.6.35; Amter wurde dann seitens der Hamburger Gestapo auch als V-Mann für die Hamburger Emigration aufgebaut.

51. Zum V-Mann siehe Pusch, Exil.

52. Goldberg wurde ausgebürgert. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Bonn) [PAAA] II A/B, 83/76, Mic. 6442.

53. Vernehmung Mlotkowski, 22.9.1941ff., Bl. 211ff. BArch, NJ 1239.

54. Interview mit Friedel J., frühere Mlotkowski, Kiel 4.2.1997/30.4.1997.

55. Das sagte er zumindest 1941 aus. BArch, NJ 3.

56. Willy Grünert hatte 1941/42 so gut wie nichts ausgesagt und sich damit innerhalb der Partei ein erhebliches Renommee erworben. In den „Ermittlungsergebnis“ vom 9.3.1942 heißt es: „Man hat es bei ihm mit einem verbissenen, hinterhältigen Kommunisten zu tun, der sich nie-

mals umstellen wird.“ Zugegeben hatte Grünert lediglich, dass er im Januar 1934 Busdorf zur illegalen Mitarbeit aufgefordert hatte, doch dieser habe zunächst abgelehnt und sich erst im Sommer 1934 nach mehrmaligem Drängen hierzu bereit erklärt. Überhaupt habe ihn Mlotkowski zur illegalen Arbeit herangezogen – Mlotkowski schildert dies anders herum. Wir wissen aber aus Grünerts parteiinternem Lebenslauf vom 1.7.1936, dass Mlotkowskis Version die gültige sein muss. BArch NJ 3, Bd. 3., Bd. 1, Bl. 87, „Ermittlungsergebnis“ 9.3.42; Anklageschrift vom 30.7.1942 beim VGH; Bd. 3: Ermittlungsergebnisse und Aussagen, Bl. 23: Aussagen ab dem 6.8.41; Politischer Lebenslauf“ (Willi Grünert), (Stempel: 1. Juli 1936). BArch SAPMO, Ry 1/I 2/3/102.

57. Ebd., Bl. 74.

58. Michael F. Scholz, Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR. Stuttgart 2000, S. 240ff., 355; Interview mit Friedel J., frühere Mlotkowski, Kiel 4.2./30.4.1997.

59. Zum Problem dieser Quellen vgl. Isabel Richter, Entwürfe des Widerstehens. Männer und Frauen aus dem linken Widerstand in Verhören der Gestapo (1934–1939). In: Werkstatt Geschichte 26 (2000), S. 47-70.

60. In der Art der Darstellung folge ich der Methode von Nelles, Legende.

61. Dokumente des Widerstandes. Ein Beitrag zum Verständnis des illegalen Kampfes gegen die Nazidiktatur. Eine Artikelserie aus der „Hamburger Volkszeitung“. Juli bis Oktober 1947. Stade o.J. [1947]. Darin waren die Zeitzeugenberichte durch die Erlebnisse zentraler Kader wie Willy Grünert, „Vaddi“ Hoffmann oder Heinz Priess ergänzt worden (Zitat S. 30).

62. Klargestellt werden muss, dass KPD und DKP formal nicht die gleichen Parteien sind – aber für die vormaligen KPD-Mitglieder waren sie es. Interview mit Hans Bringmann, 22.6.1996/9.6.1997.

63. Hochmuth/Meyer, Streiflichter.

64. Ernst Puchmüller, Mit beiden Augen. Ein Erinnerungsbuch. Rostock 1996. Puchmüller bringt allerdings einiges durcheinander und fügt die Geschichte so zusammen, wie es ihm sinnhaft erschien.

65. Imberger, Widerstand, S. 137ff. – Irene Dittrich, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933–1945. Band 7: Schleswig-Holstein I. Nördlicher Landesteil. Frankfurt/Main 1993. S. 24.

66. Zur Darstellung bei Dittrich, Wegweiser, siehe S. 24ff. u. 94ff. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass obwohl eine größere Zahl von Personen im Zusammenhang mit dem Fall Goldberg Anfang 1935 verhaftet worden war, in den Angaben zu den Entschädigungsanträgen (LAS 761) niemand den Namen Goldberg bzw. seine Aliasnamen erwähnt. Diese Akten konnte die Autorin damals noch nicht einsehen.

67. Irene Dittrich, „...aber wir taten doch weiter nichts als unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit.“ Kommunistischer Widerstand gegen das NS-Regime. In: Gerhard Paul/Uwe Danker/Peter Wulf (Hg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848–1948. Bonn 1996, S. 242f.

68. Interview mit Victor Priess, Hamburg, 20.9.1996, Transkript; Parteiinterne Ermittlungen gegen Victor Priess. BArch SAPMO Ry 1/I 2/3/101, Bl. 413-439; Scholz, Skandinavische Erfahrungen, S. 70.

69. So behauptet eine Quelle, dass für die Aberkennung des Emigrantenstatus bei Friedrich Brug ausgerechnet der später ebenfalls dissidente Fritz Hamer die treibende Kraft gewesen sein soll. Brug wurde wiederum ein Kontakt mit der Gestapo vorgeworfen, exakt in der Weise, wie es tatsächlich mit Friedrich Kuhr und der Gestapo stattgefunden hatte. Die Verdächtigung gegen Brug stellt eine reine Denunziation dar. Der Grund hierfür mag im persönlichen Zusammenhalt mit den ausgeschlossenen Helmuth Mlotkowski und „Harry“ Amter gesehen worden sein. [Bleistiftaufschrift] „Auf vertraulichem Wege beschafftes Material“, 4.5.1938, Abschrift. BArch R 58/2211, Bl. 36. Jens Holzapfel, Der Widerstandskampf deutscher Kom-

munisten in Dänemark 1933 bis 1941. Marburg 1997, nimmt alles für bare Münze.

70. Auch das V-Leute-Netz der preußischen Polizei wird weitergenutzt worden sein; Scharl, Rote Fahnen, S. 123ff. Innerhalb meiner Untersuchungsgruppe war allein Friedrich Kuhr nachgewiesenermaßen zeitweise als V-Mann der Gestapo Flensburg tätig und auch in die unmittelbare Grenzarbeit eingebunden. Urteil gegen Friedrich Kuhr, 19.11.1942. BArch NJ 14705 (ohne Blattzählung). Zweifelsfrei steht fest, dass die Angaben von Mlotkowski bei seiner Verhaftung Ende 1934 zur Aufdeckung der KPD-Fluchthilfeorganisation und – eher zufällig – zum Schlag gegen die nachfolgende Leitung um Walter Besenbruch in Kiel führten. Aber er war kein V-Mann, sondern hatte nach der Verhaftung eine Aussage gemacht. Die Aussagen nach der Verhaftung im Jahre 1940 in Dänemark waren hingegen wenig substantiell. Aussage Mlotkowski, 22.8.1941 (und folgende Tage). BArch, NJ 1239 (Willi Goldberg), Bl. 211-221 und NJ 3 (Willi Grünert), Bd. 2., Bl. 23ff. (Gegenüberstellungen); Leif Larsen/Thomas Clausen, De forrædte. Tyske Hitlerflygtninge i Danmark. Copenhagen 1997, S. 141ff.; Scharl, Rote Fahnen, S. 159-194, insb. S. 186; Interview mit Friedel J., frühere Mlotkowski, Kiel 4.2.1997/30.4.1997. Im Falle von Paul Fisker liegt die Beschuldigung (nach 1945) einer V-Mann-Tätigkeit für die Gestapo in einer Verwechslung und fälschlichen Verdächtigung gegen einen Karl Fisker, möglicherweise ein Bruder, in Hamburg begründet. Das Drama, was sich 1941 bis 1943 in Dänemark abspielte, ebenfalls angerissen in Pusch, Exil.

71. So hob Friedrich Paulsen, vor seiner Verhaftung als Medizinstudent Mitglied des KPD-nahen Kieler „Sozialistischen Schüler- und Studentenbundes“, hervor, dass er bereits 1934 mit Parteipolitik und insbesondere mit der kommunistischen Bewegung nichts mehr zu tun haben wollte: „Das war meine erste Lektion in Sachen Diktatur. Die politischen Organisationen, denen man verbunden ist, sind nichts wert. Das einzige was zählt ist die Familie.“ Zitiert nach Jakob Tholund, „Ein Friese geht nicht verloren.“ Frederik Paulsen zum Gedächtnis. Hg. vom Zweckverband Dr.-Carl-Haeberlin-Friesenmuseum Föhr. Husum 1998, S. 23.

## Der Autor

Thomas Pusch, Jahrgang 1963, Historiker (Dr. phil.). Nach der Promotion zum Thema *Politisches Exil als Migrationsgeschichte. Schleswig-Holsteiner Emigranten und das skandinavische Exil 1933–1960* (Flensburg 2003) diverse Tätigkeiten als akademischer Tagelöhner, seit 2004 Vertretungslehrer für Geschichte, Gemeinschaftskunde/PGW, Philosophie an Hamburger Gymnasien, zzt. Lessing-Gymnasium, Harburg.